

Chart of the Week

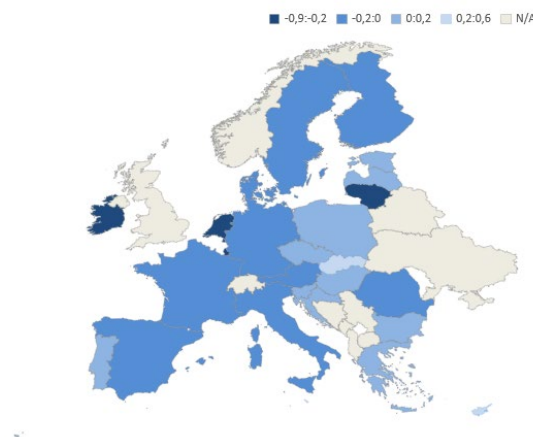
Nach dem „Deal“: Eskalation abgewendet; Unsicherheit bleibt

Am 27. Juli 2025 einigten sich die EU und die USA auf einen „Handelsdeal“, der einen Zollsatz von 15 % auf EU-Exporte in die USA vorsieht. Die politische Einigung ist bislang rechtlich nicht bindend; einige Details – etwa EU-Zusagen zu US-Energieimporten (750 Mrd. USD) und Investitionen (600 Mrd. USD) – sind weiterhin unklar ([WKÖ Infopoint US-Zölle](#)). Die Auswirkungen des Abkommens sind derzeit noch ungewiss und hängen von verschiedenen Faktoren ab. Jüngste Modellsimulationen deuten darauf hin, dass das reale BIP der Eurozone infolge des EU-US-Zollabkommens kurzfristig um -0,11 % sinken könnte. Auf Länderebene wären Irland (-0,81 %) und Luxemburg (-0,65 %) am stärksten betroffen. Für Österreich wird ein Rückgang von -0,15 % prognostiziert – der sechstöchste innerhalb der Eurozone – und damit ein etwas stärkerer Effekt als für Deutschland (-0,13 %) ([IfW Kiel](#)).

EU-USA-Deal: Österreichs BIP könnte kurzfristig um -0,15 % schrumpfen

Reale BIP-Verluste, kurzfristig

Angaben in Prozent



Quelle: [IfW Kiel](#); [Trade and Tariffs Monitor](#)

Eine tatsächliche Entlastung für europäische Unternehmen bedeutet die erzielte Vereinbarung zwischen den USA und der EU in ihrer derzeitigen Form noch nicht. Aufgrund von divergierender Positionen beider Seiten zu zentralen Fragen bleiben die Rahmenbedingungen für den transatlantischen Handel weiterhin von Unsicherheit geprägt. Insbesondere für österreichische Exporteure in die USA stellt die Situation eine große Herausforderung dar. Laut aktuellen Berechnungen sind insbesondere die Chemie- sowie die metallverarbeitende Industrie von den stärksten Produktionsrückgängen betroffen. Bereits im Vorfeld der Einigung haben die zahlreichen Zollandrohungen sowie die im Frühjahr in Kraft getretenen Zölle zu einem deutlichen Rückgang der österreichischen Exporte in die USA um rund -13 % geführt.

FAZIT: Für die europäischen Unternehmen ist es nun von besonderer Bedeutung, dass die Verhandlungspartner bestehende Unklarheiten zügig beseitigen und bestenfalls weiter auf einen Abbau von Zöllen hinarbeiten, damit mittelfristig wieder mehr Berechenbarkeit in den transatlantischen Handelsbeziehungen herrscht. Parallel dazu braucht es jetzt ein klares Signal an alle anderen Handelspartner, dass die EU auch künftig ein verlässlicher Partner für freien und fairen Handel bleibt. Diese Botschaft gilt es mit einer aktiven Handelspolitik, die laufende Verhandlungen schleunigst zu einem erfolgreichen Abschluss führt und neue Handelsabkommen anstrebt sowie der Erweiterung und Vertiefung des EU-Binnenmarktes in der politischen Praxis umzusetzen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Raphael Terasa
Raphael.Terasa@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3402
5. August 2025